

England zur Sicherheitsnote.

London, 23. Juli. „Daily News“ berichtet, ein informeller Meinungsaustausch über die deutsche Note zur Sicherheitsfrage habe bereits mit einer Besprechung zwischen Chamberlain und dem französischen Botschafter in London begonnen. Wenn man in Frankreich jetzt einen weniger günstigen Eindruck von der deutschen Note als zuerst zu haben behauptet, so sei das nicht der Fall, in britischen diplomatischen Kreisen, wo man der Ansicht sei, daß der Tenor der Note befriedigend sei und daß sie Aussicht auf eine Konferenz über die Sicherheitsfrage eröffne. Es werde zugegeben, daß die Besugnahme auf die Frage der Abrüstung eine Klärung erfordern werde. Man glaube jedoch nicht, daß Deutschland versuchen werde, eine Erfüllung der alliierten Forderungen zu umgehen. Die amtlichen britischen Informationen deuteten in genau entgegengesetzter Richtung und wiesen darauf hin, daß Deutschland sich an die Aufgabe der Erfüllung mache, um die Räumung der Kölner Zone soweit wie möglich zu beschleunigen.

Der diplomatische Berichterstatter der „Westminster Gazette“ schreibt, die britische Ansicht sei, daß Deutschland, wenn es Mitglied des Völkerbundes geworden, sei und den Pakt unterzeichnet habe, in einer weit stärkeren Stellung als jetzt sein würde, alle seine Einwände gegen den Durchmarsch von Truppen durch deutsches Gebiet aufrecht zu erhalten, und daß, wenn die deutsche Regierung bereit sei, ihre Zweifel und Befürchtungen in einem freundlichen Geist zu erörtern, das Problem des Durchmarsches geregelt werden könne. Schwieriger sei die Frage der Garantie, die die Franzosen in Schiedsverträgen zwischen Deutschland und Polen oder den Tschechoslowaken einzuschließen wünschten. In Downing Street sei man sich vollkommen klar über diesen Punkt, nämlich, daß Großbritannien an keinem dieser Verträge teilnehmen könne, und daß es sich auf eine Garantie der westlichen Grenze Deutschlands beschränken müsse.

„Times“ beschäftigt sich eingehend mit den einzelnen Punkten der deutschen Note und schreibt, die Erklärung der deutschen Note, daß „Verträge zu geeigneter Zeit veränderten Umständen auf dem Wege friedlicher Vereinbarungen angepaßt werden könnten“, sei nicht befriedigend zumal angesichts des Hinweises, daß Deutschland jetzt hoffe, in der Lage zu sein, im eigenen Interesse innerhalb der bestehenden Ordnung Europas zu arbeiten. Der Abschluß eines Sicherheitspaktes werde natürlich einen solchen wirklichen Vorteil bedeuten, und die Tatsache, daß Deutschland dies wisse, werde ihm nicht zu seinen Ungunsten angerechnet werden. Eine wachsende Erkenntnis der möglichen Vorteile des Paktes zeige sich auf deutscher Seite auch in der neuen Haltung gegenüber der Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund. Die deutsche Regierung erhebe jetzt keinen Einwand gegen die Verknüpfung der Frage des Paktes und des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund. Sie sei auch nicht mehr so stark wie früher in ihrer Forderung, daß Deutschland unter besonderen Bedingungen aufgenommen werden müßte. Bezüglich des Art. 16 des Völkerbundespaktes sei ein besonderer Kompromiß angeregt worden. Es sei aber nicht klar, ob diese Anregung bedeute, daß Deutschland einseitig von den Verpflichtungen des Art. 16 befreit und daß die Tatsache seiner Befreiung als Anlaß zur Beschleunigung der allgemeinen Abrüstung verabredet werden solle. Die Frage der allgemeinen Abrüstung sei in der Note erwähnt, während der Gedanke, daß möglicherweise ein Zusammenhang zwischen den Paktverhandlungen und den alliierten Abrüstungsforderungen entstehen könnte, sorgfältig und klugerweise vermieden worden sei. Das sei ein Zeichen, daß Deutschland durchaus bereit sei, in den Völkerbund einzutreten. Aber die Wege, auf denen es dies tue, machten es klar, daß noch viele weitere Verhandlungen notwendig sein werden. Der Hauptparagraf der deutschen Note sei zweifellos die Frage über gewisse Punkte gewidmet, die die französische Note vom 16. 8. unklar gelassen habe. Die deutsche Regierung wünsche vor allem zu wissen, ob nach Ansicht der westlichen Regierungen die vorgeschlagenen Schiedsgerichtsverträge alle Streitigkeiten betreffen sollen oder ob in gewissen Fragen Zwangsmaßnahmen nach Belieben einer Regierung oder einer Kombination von Regierungen angewandt werden könnten. Das deutsche Argument sei nicht genau gefaßt. Der Gedanke sei jedoch klar. Zweifellos müßten die Bestimmungen über die Sanktionen in den Schiedsvertrag aufgenommen werden, und dieser Schiedsvertrag müsse unter den Auspizien eines Völkerbundes, dem Deutschland angehöre, abgeschlossen werden. Dies würde die Möglichkeit schneller oder willkürlicher Zwangsaktionen von Seiten eines der Unterzeichner des Paktes verhindern. Diese Punkte erforderten sorgfältige Prüfung. Inzwischen sei es notwendig, von neuem zu betonen, daß, wenn es im britischen Interesse liege, daß das Schiedsverfahren alle Streitigkeiten umfasse, und daß Vorsichtsmaßnahmen ergriffen werden müßten, um schnelle und willkürliche Zwangsaktionen zu verhindern, die endgültige Entscheidung darüber, ob Großbritannien an Zwangsmaßnahmen teilnehmen werde oder nicht, in britische Hände gelegt werden müßte. „Times“ schließt, die deutsche Note sei weit günstiger, als angefaßt der augenblicklichen Lage in Deutschland hätte erwartet werden können. Sie lege den Beweis guten Willens und einer großzügigen Auffassung ab. Sie mache es auch möglich, Verhandlungen, die von Anfang hoffnungsvoll waren, zu beschleunigen; aber sie gelte auch, daß die Verhandlungen selbst bei beschleunigtem Verfahren immer noch langwierig sein werden.

Die Besteuerung der Zigaretten.

Im Steuerausschuß des Reichstages wandte sich bei Beratung der Zigarettensteuer Abg. Büll (Dem.) gegen die neuen Kompromißvorschläge, neben Zoll- und Verbrauchssteuer noch eine Materialsteuer einzuführen. Die guten Fabriken müßten auf dankbare Marken setzen und dafür Reklame und besonders wertvolle Packungen machen. Das verträge sich nicht mit ewigen Beunruhigungen des Geschäftes. Er bitte, die Beschlußfassung über die Steuerreform vorläufig auszusetzen und darüber im Herbst in Ruhe weiter zu beraten.

Abg. Dr. Mittelmann (D. Sp.) legte energische Betdringung dagegen ein, daß die Interessenten der Tabakindustrie von früh bis spät den Ausschuß umlagern, so daß es mitunter schwer falle, in die Sitzung zu gelangen. Ein solches Vorgehen sei mit der Würde des Reichstages und der einzelnen Abgeordneten einfach unvereinbar und dürfe nicht länger geduldet werden.

Abg. Dr. Fischer (Dem.) bezeichnete die Ausführungen des Abg. Dr. Mittelmann als stark übertrieben. Wenn Interessentenvertretungen im Hause seien, so wäre dies eine Sache der Hausordnung. Jedenfalls habe aber der Volksvertreter das Recht und die Pflicht, sich mit den interessierten Kreisen in Verbindung zu setzen, um sich selbst ein objektives Urteil bilden zu können. Abwegig sei die Auffassung, als bedeute eine etwaige Niederlage der Regierung auch eine Niederlage des Parlaments.

In der Abstimmung wurde unter Ablehnung weitgehender Anträge der in der Regierungsvorlage vorgesehene Zollfuß von 80 Reichsmark für einen Doppelzentner Rohstoff angenommen. Weiter wurde im Prinzip der Kombination zwischen Verbrauchs- und Materialsteuer durch die Mehrheit des Ausschusses zugestimmt. Hierbei erklärte jedoch der Vertreter der Wirtschaftlichen Vereinigung Abg. Nolte, daß er sich volle Handlungsfreiheit für das Plenum vorbehalten müsse, da seine Fraktion sich noch nicht endgültig zur Bier- und Tabaksteuer entschieden habe.

Abd el Krim's Friedensbedingungen.

London, 23. Juli. Der englische Journalist Gordon Ganning, der wiederholt im Rifgebiet gewirkt hat, und der in dauernder Verbindung mit der Regierung Abd el Krim's steht, glaubt mitteilen zu können, daß Abd el Krim unter folgenden Bedingungen bereit sei, mit Frankreich und Spanien Frieden zu schließen:

1. Anerkennung des Rifstaates, dessen Herrscher den Titel Emir erhält unter Garantie durch den Völkerbund.
2. Der Sultan von Marokko wird vom Rifstaate als Emir al Meumenin anerkannt.
3. Das Nordufer des Flusses Uergha bildet die Grenze des Rifstaates, in den das gesamte Tschadaberggebiet einschließlich Tetuan, Larache und Arcillas eingeschlossen wird.
4. Spanien erhält Ceuta und Melilla mit einem zur Verteidigung nötigen Gebietsstreifen sowie die Erzbergwerke 15 Kilometer südlich von Melilla.
5. Der Rifstaat wird berechtigt, ein stehendes Heer von vorher ausgemachter Stärke zu halten.
6. Der Rifstaat verspricht, keine panislamitische Propaganda im französischen Protektorat in Marokko zu betreiben.
7. Keinerlei Reparationszahlungen.
8. Garantie einer kleinen Anleihe durch den Völkerbund, um dem Rifstaat über seine ersten Schwierigkeiten als unabhängigen Staat hinwegzuhelfen.
9. Eine Reihe von handels- und eisenbahnpolitischen Konzessionen an Frankreich und Spanien.

Kommunistische Propaganda in Algerien.

Paris, 23. Juli. Heute vormittag fand im Kriegsministerium unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Painlevé eine Konferenz statt, an der der Justiz-, der Innen-, der Marine-, der Unterrichtsminister, der Generalgouverneur von Algerien, sowie der Generalstaatsanwalt teilnahmen. Gegenstand der Verhandlungen war die Fortsetzung der Prüfung der in Frankreich und in Algerien durch die kommunistische Propaganda geschaffenen Lage, wobei der juristische Gesichtspunkt besonders ins Auge gefaßt wurde. Die von den Regierungsmitgliedern gefassten Beschlüsse werden morgen dem Kabinettrat unterbreitet werden. Eine endgültige Entscheidung wird jedoch wahrscheinlich erst im Verlaufe des Ministerrats, der am nächsten Dienstag unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik Doumergue in Rambouillet stattfinden wird, getroffen werden.

Das englische Flottenbauprogramm.

London, 23. Juli. Im Unterhaus teilte der Premierminister mit, daß im Oktober mit dem Bau von zwei Kreuzern, im Februar mit dem Bau zweier weiterer begonnen wird, und daß in den folgenden Jahren je drei neue Kreuzer hinzu gebaut werden sollen. Dies bedeutet für das gegenwärtige Finanzjahr den Bau von vier Kreuzern und für das nächste Jahr den von drei Kreuzern. Die Regierung beschloß ferner, jährlich neun Zerstörer und sechs Unterseeboote einschließlich verschiedener Ergänzungsschiffe zu bauen. Dieser Bau soll in dem Finanzjahr 1926/27 beginnen und während der gewöhnlichen Sitzungsperiode des Unterhauses fortgesetzt werden. Mit diesem Bauprogramm soll eine Vermehrung der Ausgaben der gesamten Voranschläge für die Seestreitkräfte nicht verbunden sein.

17 Offiziere wegen Opiumsmuggel erschossen. Aus Schanghai wird der „Chicago Tribune“ gemeldet, daß General Wangtung gestern wegen Opiumsmuggels verhaftet wurde. 17 Offiziere sind wegen Opiumhandels standrechtlich erschossen worden.

Aus Stadt und Land.

Am, den 24. Juli 1925.

Vorsicht im kleinen Grenzverkehr.

In letzter Zeit wird von Seiten der tschechischen Beamten öfters eine sehr strenge Kontrolle der Grenzabweise vorgenommen, wobei viele Grenzbesitzer und auch Bergbauvereine ohne Grenzabweise betroffen werden. Wer von den tschechischen Beamten ermittelt wird, hat eine sofort zu entrichtende Geldstrafe von 80 tschechischen Kronen oder 10 Reichsmark zu bezahlen. Im Unvermögensfalle tritt eine sofortige Haftstrafe bis zu 5 Tagen ein. Diese hohe Geld- oder Haftstrafe sollte einem jeden Besucher der Tschechoslowakei zur Warnung dienen.

Sonntagsverkehr. Bei günstigem Wetter verkehrt Sonntag, erstmalig am 28. Juli, ein Vorzug von Aue bis Eibenstock mit Halten auf allen Unterwegsstationen. Abfahrt in Aue 6,15 vorm., Ankunft in Eibenstock 6,53 vorm. Da der fahrplanmäßige Zug schon stark defekt in Aue ankommt, ist es empfehlenswert genannten Vorzug zu benutzen.

Zugverbindung Chemnitz-Dresden. Es ist annehmend noch nicht genügend bekannt, daß seit der Einführung des Sommerfahrplans ein neuer beschleunigter Personenzug mit 2. bis 4. Klasse verkehrt, der 7,24 vorm. in Chemnitz Hauptbahnhof abfährt, nur in Niederwiesa, Fölsch, Leberau und Freiberg hält und schon 9,20 in Dresden Hauptbahnhof ankommt.

Auf der Reise. — 1.) Sei bedachtsam! Jede rechteckige und nimm nur wahrhaft Notwendiges mit. Reise mit kleinem Handgepäck! (Rucksack). 2. Sei rücksichtsvoll! Laß auch andern willig einen Vorteil. Tritt beiseite, rüde zu strede die Hand aus, Gepäck zu empfangen oder zu reichen, schließe und öffne das Fenster nicht nur nach deinem Begehren, tausche einmal für eine Zeit deinen Platz mit einem Stehenden oder Sitzenden, ertrage Unbequemlichkeiten ohne Klagen und Seufzen. — 3.) Sei freundlich! Das heißt noch nicht: vertraulich. Aber zeige durch Miene und Sprechweise, daß nichts einer kleinen Anknüpfung entgegensteht. Bitte wo du fordern kannst, gib freundlich Auskunft, begleite deine Worte mit Lächeln, danke für die kleinste Gefälligkeit, tröste Verärgerte und Betrübte, suche das Gespenst der Langeweile zu verschrecken, nimm dich der Mütter mit kleinen Kindern an, lächle die Leheren an, statt sie zu scheitern. — Wo es in den Wald schallt, so läßt es wieder heraus.

Zum Verbot der Hitler-Verammlung in Chemnitz.

Die deutschnationale Landtagsfraktion hat folgende Anfrage Deutler, Hofmann, Dr. Kreschmar an die Regierung gerichtet:

„Am 18. Juli sollte in Chemnitz eine öffentliche Versammlung der Nationalsozialisten, in der Hitler sprechen wollte, stattfinden. Die Regierung hat, nachdem seitens der Behörden zunächst der Verbot ergangen war, Hitler dörfe sprechen, das Auftreten Hitlers verhindert. Wie will die Regierung dieses Verhalten rechtfertigen?“

Antwort. Treue in der Arbeit. Von der Handelskammer Klauen ist den nachverzeichneten Personen anlässlich ihrer 25jährigen Tätigkeit bei der Firma Sächl, Emallier- und Stanzwerke, vorm. Gebr. Gnächtel A.-G. in Lauter das traurige Ehrenzeichen für Treue in der Arbeit verliehen und durch das Kammermitglied, Herrn Fabrikbesitzer Arno Landmann in Lauter ausgehändigt worden: Lagerchef Friedrich Emil Seltmann, Lagerist Benjamin Krauß, Fuhrmeister Emil Bernward Ditz, Stanzler Bengel Klamm und Auftragsleiter Frau Anna Kamilla Seltmann.

Wittau. Aufspaziergang. Die Aufspazierung von Wittau mit Ausnahme von Wäcker, Kirchner und Bahnhofswärterhaus aus Schönau und die Einplanung in das Kirchenspiel Wittau ist nun auch von dem ev.-luth. Landeskonfessionarium mit Wirkung ab 1. Oktober 1924 genehmigt worden.

Wanitz. Vermißt wird seit Montag der hier wohnhafte 17jährige Maderlehrling Hans Chemnitz. Derselbe ging wie üblich am Montagmorgen nach seiner Lehrstelle in Pochau, ist aber dort nicht eingetroffen und alle Nachforschungen waren bisher erfolglos.

Crimmitschau. Postautofahren nach Dänitz. Während der Ferien finden bei günstigem Wetter und bei genügender Beteiligung jeden Tag vormittags 10 Uhr und nachmittags 2 Uhr Postautofahrten ab Markt hier nach Dänitz statt. Die Rückfahrt ab Dänitz erfolgt abends halb sieben Uhr.

Chemnitz. Widerspenstige Burschen. Am Mittwochabend war ein Volksheld aus gezwungen, gegen einen 28 Jahre alten Musiker aus Penzance einzuschreiten, weil dieser den für den Jahrmass vorgeschriebenen politischen Anordnungen nicht nachkam. Daraufhin wurde der Beamte von dem Musiker geschlagen, zu Boden geworfen und ihm dabei die Uniform gerissen. Durch einen Freund wurde der erste Festgenommenen schließlich befreit. Mit Hilfe eines zweiten Beamten gelang es dann, beide Personen festzunehmen. Der Vorgang hatte einen großen Menschenauflauf zur Folge.

Sargfisch. Selbstmordversuch. Am Dienstag verließ ein hier wohnhafter 75jähriger Einwohner seine Wohnung, angeblich um Verwandte in Limbach zu besuchen. Am Mittwoch früh wurde er im Dorfbach im nahen Gähperdort mit schweren Kopfverletzungen aufgefunden und in das Hartmannsdorfer Krankenhaus gebracht. Schwere Verletzungen sind zur Tat sein.

Augustsburg. Kurkonzerte. In Zukunft wird regelmäßig wöchentlich zweimal Kurkonzert stattfinden, ausgeführt von der Stadtkapelle unter Leitung des Musikdirektors Neubauer.

Hartmannsdorf. Autounfall. Am Mittwoch früh gegen 7 Uhr fuhr das dem Limbacher Arzt Dr. Fischer gehörige Personenauto, vom Chemnitz nach Limbach fahrend, den Berg nach Hartmannsdorf herunter. Dr. Fischer, der den Wagen selbst lenkte, verlor plötzlich die Gewalt über seinen Wagen und fuhr gegen einen Baum. Durch den heftigen Anprall wurden die zwei hinteren Sitzen Herren herausgeschleudert. Das Auto durchquerte noch den Straßengraben und fuhr gegen ein Gartengrundstück, wo es zum Halten kam. Ein hinter dem verunglückten Wagen kommendes Chemnitzer Auto, das sich auf der Fahrt nach Leipzig befand, nahm die beiden Verunglückten auf und brachte sie zu einem Arzt in Hartmannsdorf. Bei dem einen wurde ein Schädelbruch, bei